

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine (sehr geehrten) Damen und Herren,

aufgrund der bereits vorgetragenen Stellungnahmen in der Debatte das Wichtigste, also die Kernaussage meines heutigen Redebeitrages zum Haushaltsplanentwurf des hauptamtlichen Magistrates, allen voran Kämmerer und Bürgermeister Peter Freier, zuerst, und nicht erst am Schluss, was allerdings nicht bedeutet soll, dass sie danach meinen Ausführungen nicht mehr folgen sollten:

Die AfD-Fraktion lehnt den Haushaltsplanentwurf für 2019 und die nunmehr darin eingearbeitete 65%-ige Erhöhung der Grundsteuer B, die rückwirkend zum 01.01.2019 wirksam werden soll, als unverschämten Griff in die Taschen der Mehrzahl der Bürger dieser Stadt, die diesem Raubzug der Koalition aus CDU, Grünen, FDP und Freien Wählern weitgehend wehrlos ausgeliefert sind, rundheraus ab!

Und, als sei die Grenze der Belastbarkeit durch die exorbitante Erhöhung der Grundsteuer von derzeit nominal 600 Punkten auf dann 995 Punkte, also in der Summe um 395 Punkte noch nicht erreicht, bzw. sogar weit überschritten, stellt uns der Kämmerer eine erneute Erhöhung der Grundsteuer um weitere 120 Punkte ab dem 01. Januar 2020 in Aussicht (so angekündigt in der Januar-Sitzung Ha-Fi!).

Bereits mit der als "alternativlos" dargestellten Erhöhung auf nunmehr 995 Punkte, und wir haben ja durchaus alle so unsere ganz speziellen Erfahrungen mit Dingen gemacht, die als

„alternativlos“ dargestellt werden, setzt sich die Stadt Offenbach uneinholbar an die Tabellenspitze aller deutschen Großstädte. Auf Platz zwei folgt mit einigem Abstand Duisburg mit 895 Punkten. Damit erringt die Stadt Offenbach einen weiteren, allerdings traurigen Rekord. Ich erspare mir an dieser Stelle weitere Aufzählungen derartiger Negativrekorde aus anderen Bereichen, die Ihnen ja ebenfalls bestens bekannt sein sollten (z.B. höchste Kinderarmut, höchste Arbeitslosigkeit, höchste Verschuldung, höchster Ausländeranteil, etc.).

Führen wir uns die in den vergangenen Tagen spärlich eingegangenen Stellungnahmen und auch die jetzt wieder vorgetragenen Beteuerungen der Koalitionsvertreter und Hauptakteure im Magistrat an, die uns unisono, quasi wie auswendig gelernt versichern, sollte sich finanzieller Spielraum ergeben, wolle man die Grundsteuer selbstverständlich wieder senken, so können wir der Drucksache I (A) 571, einen Antrag der Tansania-Koalition aus CDU, Grünen, FDP und Freien Wählern völlig andere Töne entnehmen. Dort heißt es unter Punkt 1d, zweiter Satz beispielsweise, ich zitiere „Die mittelfristige Finanzplanung im Finanzhaushalt weist Überschüsse aus, die wir dringend benötigen um gesetzliche Verpflichtungen zu erfüllen“. Im Klartext heißt das nichts anderes als dass nach den Planungen keine Überschüsse vorhanden sind, und die das seitens der Koalition unter das Volk gestreute Steuersenkungsmärchen als heiße Luft entlarven. Demnach wird es auch in Zukunft keinen Spielraum für die völlig realitätsfern in Aussicht gestellte Senkung der Grundsteuer geben.

Und überhaupt, wie glaubwürdig ist ein Kämmerer noch, der, wie Peter Freier, nach der vom Regierungspräsidenten in Aussicht gestellten Ablehnung des in seinem Verantwortungsbereich liegenden, und gegen die Auflagen von RP und den Vereinbarungen mit dem Land Hessen verstoßenden Haushaltsplanentwurf ganz verdattert versichert, „man sei in ständigen Gesprächen mit dem RP gewesen“ und

daher von der Ablehnung völlig überrascht worden, wenn sich hinterher herausstellt, es hat diesen zitierten „ständigen Austausch“ gar nicht gegeben?

Es drängt sich unwillkürlich der wohl nicht ganz unberechtigte Verdacht auf, der Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt 2019 sei ganz bewusst gegen die Wand gefahren worden um diese Situation heraufzubeschwören, um quasi in einer Art Befreiungsschlag den ganz großen Wurf zu landen, sich nämlich mittels Erhöhung der Grundsteuer als einzige nennenswerte, planbare und verlässliche Einnahme für die nächsten Jahre genügend finanziellen Spielraum zu schaffen, um nicht Jahr für Jahr immer wieder den Haushaltsrestriktionen des RP und des Landes ausgesetzt zu sein und gleichzeitig dem RP den schwarzen Peter zuspieren zu können.

Allerdings, meine Damen und Herren, sitzt dieser schwarze Peter nicht in Darmstadt, sondern in Gestalt von Kämmerer und Bürgermeister Peter Freier (CDU) hier auf der Magistratsbank!

Das der RP im Gegenzug auch die im Schutzschirmvertrag ganz speziell für Offenbach ausgehandelte Sonderregelung des Haushaltsausgleiches spätestens im Jahr 2022 gleich mit dem Haushaltsplanentwurf kassierte, ist wohl als unerwarteter Kollateralschaden zu verbuchen. Peanuts eben.

Meine Damen und Herren,

bereits kurz nach der Übernahme der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung durch die neue schwarz-grün-gelb-blaue Mehrheit im Jahr 2016 begann die Koalition mit der Aufstockung des Personalbestandes, oder sollte ich besser sagen mit der Versorgung der eigenen Klientel innerhalb der Verwaltung und den Tochtergesellschaften der Stadt.

Hier ein Geschäftsführerposten für die Freien Wähler, dort einen vierten hauptamtlichen Dezernenten für die FDP und da eine

überflüssige Stabsstelle „Sauberes Offenbach“ für die CDU. Die Grünen hatten ja schon einen Bürgermeister aus den Zeiten sozialistischer Planwirtschaft mit der SPD. Jeder wurde bedient. Selbst für die Linken wurde der ehrenamtliche Magistrat künstlich aufgebläht.

Der seitens des RP mit dem Haushaltsentwurf 2019 kassierte Personalplan, der eine Personalaufstockung um 110 Stellen vorsah, trieb es dabei vorübergehend völlig auf die Spitze. Zwischenzeitlich rudert man ja zurück und hat einige kosmetische Abstriche daran vorgenommen (nur noch 80 statt ursprünglich 110 Stellen).

Von den, den Verträgen zum Schutzschirm zugrunde liegenden äußerst optimistischen Einschätzungen zu steigenden Steuereinnahmen als Notwendigkeit des Haushaltsausgleichs aufgrund steigender Einnahmen durch die Gewerbesteuer und der Durchmischung der Sozialstruktur, ist so gut wie nichts übrig geblieben.

Um die ehrgeizigen Ziele der nächsten Jahre auch nur annähernd zu erreichen, zu denen obendrein, aufgrund des starken Zuzugs in die Stadt noch der Bedarf am Ausbau der Infrastruktur sowie die Sanierung und der Neubau von mehreren Schulen hinzugekommen ist, bleibt, nach dem Bekunden dieser Koalition nichts anderes, als die „übermäßige Belastung“ (O-Ton Koa!) durch die massive und angeblich alternativlose Erhöhung der Grundsteuer.

An dieser Stelle verweise ich auf die Haushaltsbegleitanträge der AfD mit der Drucksachenummer I (A) 553, durch den der Magistrat mit der Prüfung beauftragt werden soll, in wie weit ÖPP bei der Sanierung und dem Neubau der Offenbacher Schulen als Alternative gegenüber der Ausführung in Eigenregie beauftragt werden soll. Darüber hinaus soll eruiert werden, ob weitere Aufgaben in diesem Bereich nach dem Vorbild der Fröbelschule an die SOH delegiert werden können. Wie ihnen bekannt sein dürfte, hat die Stadt Offenbach bereits beim

Neubau und der Sanierung der Beethovenschule bzw. der Theodor-Heuss-Schule in diesem Bereich Erfahrungen gesammelt.

Bei der seit Jahren geplanten Umgestaltung des Marktplatzes, der aus Kostengründen sogar kurz vor Beginn der Baumaßnahmen wegen der massiv aus dem Ruder gelaufenen Kosten verschoben wurde, regt die AfD an, komplett verzichten auf den Umbau zu verzichten.

Bei der ebenfalls seit Jahren ausstehenden Sanierung des Maindammes, die aktuell aus den hinlänglich bekannten finanziellen Gründen, wie der vorgenannte Umbau des Marktplatzes, auf die kommenden Jahre verschoben wurde, sollte in Abänderung des bestehenden Beschlusses auf die kostengünstigste Variante zurückgegriffen werden. Dies so denke ich, liegt in aller Interesse.

Leider wurden die Anträge der AfD wie gewohnt, in den Ausschüssen abgelehnt, ohne sich überhaupt inhaltlich damit auseinanderzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und stelle fest:

Die Zauberlehrlinge im Magistrat und die sie tragende Koalition aus CDU, Grünen, FPD und Freien Wähler sind mit ihrem Latein absolut am Ende. Diese Schwarz-Grün-Gelb-Blaue-Koalition aus CDU, Grünen, FDP und FW hat nach nicht einmal drei Jahren bereits abgewirtschaftet und greift aus blanker Verzweiflung und höchster Not nach dem letzten verbliebenen Strohalm. Der unverhohlene und unverschämte Griff ins Portemonnaie der Bürger dieser Stadt ist der finanzpolitische Offenbarungseid und wird dieser Koalition bei der nächsten Wahl endgültig das Genick brechen. Diese Koalition hat fertig und sich selbst entzaubert, und besiegelt mit der heute zu beschließenden

skandalösen Erhöhung der Grundsteuer heute schon ihr eigenes Ende spätestens im Jahr 2021.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.